Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2626**

16. Wahlperiode 20. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Ute Koczy, Thilo Hoppe, Marieluise Beck (Bremen), Matthias Berninger, Alexander Bonde, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Hermes-Bürgschaft für den Ilisu-Staudamm in der Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Hermesbürgschaften für große Wasserkraftwerke nur bei Einhaltung der Empfehlungen und Standards der Weltstaudammkommission (WCD) zu gewähren.

Angesichts der Nichterfüllung dieser Vorgaben im Falle des Ilisu-Staudamms, insbesondere:

– der unbefriedigenden Umsiedlungspläne für die Region,
– der unkalkulierbaren Folgen für den Naturhaushalt und der biologischen Vielfalt,
– der zu erwartenden Wasserkonflikte mit den Anrainerstaaten,
– der Nichtausschöpfung vorhandener Alternativen zur Energieversorgung

sowie der drohenden Zerstörung des einzigartigen Kulturdenkmals Hasankeyf keine Hermesbürgschaften für am Bau des Ilisu-Staudamms beteiligte Unternehmen zu gewähren.

Berlin, den 19. September 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Der Ilisu-Staudamm ist Teil des Südostanatolien-Projekts (GAP), das Dutzende von Staumauern an den Flüssen Euphrat und Tigris umfasst. Mit ihrer Hilfe will die Regierung in Ankara die Region bewässern und die Energiegewinnung verbessern. Allein für den Zwölfhundert-Megawatt-Staudamm Ilisu sind Kosten von mehr als 1,2 Mrd. Euro angesetzt, das Gesamtprojekt GAP wird auf 32 Mrd. US-Dollar geschätzt. Am Bau des Ilisu-Staudamms möchte sich neben mehreren Schweizer und einem österreichischen Unternehmen auch die deutsche ZÜBLIN AG am Konsortium beteiligen. Sie hat dafür bei der Bundesregierung eine Hermesbürgschaft über ca. 100 Mio. Euro beantragt.

Ein erstes, im Jahr 1997 auf den Weg gebrachtes Vorhaben zum Bau dieses Staudamms scheiterte, nachdem sich 2001 einige Konsortialpartner und schließlich auch der Hauptfinanzierer aufgrund sozialer und ökologischer Bedenken aus dem Projekt zurückzogen. Ende 2005 wurden für den Bau des Ilisu-Staudamms eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung und ein neuer Umsiedlungsplan vorgelegt; im Juni 2006 folgten Ergänzungen zu diesen Dokumenten. Diese sollen nach Meinung des Konsortiums die Kritikpunkte ausräumen.

Unbefriedigende Umsiedlungspläne und soziales Konfliktpotenzial

Obwohl bisher weniger als die Hälfte des Südostanatolienprojekts realisiert ist, sind die Folgen für die Betroffenen dramatisch: Mehrere hunderttausend Menschen mussten ihre Dörfer und Städte verlassen, von denen ein Großteil nicht oder unvollkommen entschädigt wurde.

Der Ende 2005 vorgelegte neue Umsiedlungsplan für den Ilisu-Staudamm geht von 55 000 betroffenen Menschen aus, die ihre Lebensgrundlage ganz oder teilweise verlieren werden. Ein Großteil von ihnen wird in die Städte Batman und Diyarbakir ziehen. Durch die Vertreibung aus den ländlichen Regionen – aufgrund von Staudammbauten oder gewalttätigen Konflikten – sind die Städte im Südosten der Türkei ohnehin extrem angewachsen. In Diyarbakir stieg die Einwohnerzahl in den letzten Jahren von 250 000 auf weit über eine Million. Die Arbeitslosigkeit in den Zuzugsvierteln liegt bei 70 Prozent.

Aufgrund der anhaltend prekären Menschenrechtssituation in dem vorwiegend von Kurden besiedelten Gebiet birgt die Umsiedlung ein besonderes Konfliktpotenzial. Die durch Vertreibung und Unterdrückung der Kurden in den letzten Jahren vorangetriebene kulturelle Entwurzelung würde verschärft. Vor diesem Hintergrund ist es sehr problematisch, dass bisher weder die lokale Bevölkerung noch die kurdischen Kommunalbehörden angemessen in die Planung einbezogen wurden. Die Bevölkerung wurde nicht hinreichend über das Projekt informiert, geschweige denn konsultiert. Das Konsortium führte lediglich eine Umfrage zum Lebensstil der Bevölkerung durch.

Drohende Wasserkonflikte mit Anrainern

Der Ilisu-Staudamm soll den Tigris 65 km vor der irakischen Grenze auf einer Fläche von 313 km^2 stauen. Angesichts einer Auffüllkapazität von 10 Mrd. m^3 Wasser besteht die Gefahr, dass der Weiterfluss des Tigris nach Syrien und in den Irak für mehrere Monate unterbrochen wird. Dadurch können enorme Umweltprobleme entstehen und sich die Spannungen in der bisher schon konfliktreichen Region verschärfen. Zusammen mit dem Euphrat nährt der Tigris eine Region, die schon lange als die wichtigste Kornkammer des Nahen Ostens gilt. Die Ströme haben sowohl für Syrien als auch für den Irak eine herausragende Bedeutung für die Landwirtschaft, die Trinkwasserversorgung und für einen Teil der Stromversorgung.

Schon in der Vergangenheit kam es durch die Staudämme des Südostanatolienprojekts GAP bereits zur Reduzierung des Wasserzuflusses in die türkischen Nachbarländer und zur Verunreinigung des Wassers. Zudem nutzt die türkische Regierung das Staudammprojekt als machtpolitisches Instrument. Während des ersten Golfkriegs von 1991 reduzierte die Türkei den Wasserzufluss zum Irak. Es steht zu befürchten, dass auch in Zukunft die Türkei die zunehmende Kontrolle über die Abflussmengen des Euphrat und Tigris dazu nutzen wird, politische Forderungen gegenüber Syrien und dem Irak durchzusetzen. Die Weltbank lehnte bereits 1984 eine Beteiligung am Südostanatolienprojekt aufgrund des außenpolitischen Konfliktpotenzials ab.

In der internationalen Debatte setzt sich zunehmend der Ansatz des integrierten Wassermanagements durch, der bei Projekten an grenzüberschreitenden Flüssen Konsultationen zwischen Ober- und Unterliegern vorschreibt. Dieser Ansatz findet sich unter anderem in den Empfehlungen der Weltstaudammkommission von 2000, in der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der Espoo-Konvention über grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfungen und der VN-Konvention über die nichtschifffahrtliche Nutzung internationaler Wasserläufe wieder. Darüber hinaus gilt dieser Ansatz auch als Völkergewohnheitsrecht, an das die Türkei gebunden ist, obwohl sie die VN-Konvention nicht unterzeichnet hat.

Mit der Perspektive eines EU-Beitrittes muss die türkische Regierung sich an EU-Recht orientieren und damit auch die EU-Wasserrichtlinie und die Espoo-Konvention umsetzen. Zudem fordert die EU von ihren Mitgliedern eine Lösung sämtlicher bestehender Konflikte mit den Nachbarstaaten. Trotzdem hat die Türkei nach bisherigem Kenntnisstand keine Konsultationen mit Syrien und dem Irak über den Ilisu-Staudamm oder das gesamte Südostanatolienprojekt auf politischer Ebene abgehalten, noch eine völkerrechtliche Vereinbarung mit Syrien und Irak über die Nutzung des Tigris geschlossen.

Drohende Zerstörung des einzigartigen Kulturdenkmals Hasankeyf

Vom Ilisu-Staudamm bedroht ist als historisches Kulturdenkmal die Stadt Hasankeyf in der kurdischen Provinz Batman, die als eine der ältesten Siedlungen der menschlichen Zivilisation gilt. Der teilweise in den Fels gehauene Ort war eine Hochburg der assyrischen, christlichen, islamischen und kurdischen Kultur in der Türkei. Archäologen sprechen von einem Ensemble an mittelalterlichen islamischen Bauten, das in dieser Dichte kein zweites Mal in Anatolien anzutreffen sei.

Durch den Bau des Staudamms würde die Stadt Hasankeyf geflutet werden. Das Ilisu-Konsortium hat als Reaktion auf die internationalen Proteste vorgeschlagen, die historischen Monumente abzutragen und in einem „Archäologiepark" oberhalb des Stausees wieder aufzubauen. Doch ist dies einerseits aufgrund des porösen Materials der Bauten und der verwendeten Bindestoffe fast nicht möglich. Andererseits kann ein künstlich angelegter Park das einmalige Naturdenkmal nicht nachbilden. Nicht zuletzt würde für die hauptsächlich kurdische Bevölkerung der Region mit der Flutung auch ein Stück kurdischer Identifikationsmöglichkeit und Geschichte vernichtet.

Die Initiative „Rettet Hasankeyf" hat vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage eingereicht, die nun zugelassen wurde. Damit ist vor Urteilsverkündung klar, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Umstände des Projekts als sehr gravierend einstuft.

Wirtschaftliche Alternativen für Energieversorgung

Grundsätzlich sind die Entwicklungsanstrengungen der Türkei, also auch eine bessere Energieversorgung der Region zu begrüßen. Der Ilisu-Staudamm produziert jedoch elektrische Energie zu hohen Kosten. Als Alternative dazu stünde eine Modernisierung des türkischen Leitungssystems und Effizienzmaßnahmen für den Endverbrauch zur Verfügung. Bleiben diese Maßnahmen aus, wird auch ein großer Teil der Energie des Ilisu-Kraftwerks verschwendet werden. In der Türkei beträgt der Energieverlust in Stromleitungen ca. 21 Prozent. Im OECD-Durchschnitt gehen 10 Prozent des Stroms durch mangelhafte Leitungen verloren – durch Maßnahmen der Energieeffizienz könnte also ein großes Potenzial an zusätzlicher Energie erschlossen werden.

Auch in der Energieerzeugung gibt es ökologische Alternativen, deren Einsatz gerade in dieser Region prädestiniert ist, vor allem Windparks, solarthermische

Kraftwerke, Bioenergieanlagen u. a. Sie sind heute bereits kostengünstig und schneller verfügbar als das geplante Staudammprojekt. Angesichts des zweifelhaften Nutzens des Beitrags des Ilisu-Damms für eine bessere Energieversorgung der Türkei, der bei Inbetriebnahme lediglich 3 Prozent des Energiebedarfs der Türkei decken kann, sowie der hohen Staatsverschuldung der Türkei, erscheint eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung des Projekts angebracht.

Nicht-Einhaltung nationaler und internationaler Standards für Bürgschaften

Das Konsortium hat zugesagt, das Projekt nur durchzuführen, wenn internationale Standards eingehalten werden. Die Bundesregierung ist ihrerseits durch die Umweltleitlinien der OECD für Exportkreditagenturen (Common Approaches) an die Einhaltung internationaler Standards gebunden. Zahlreiche Gutachten internationaler Experten belegen, dass das Projekt diese Anforderung nach wie vor nicht erfüllt. Darüber hinaus hat sich die Bundesregierung über ihre eigenen Leitlinien Umwelt explizit dazu verpflichtet, bei der Bürgschaftsvergabe für Staudammprojekte die Standards der Weltstaudammkommission WCD zu berücksichtigen. Auch diese Standards erfüllt das Projekt bei weitem nicht.

Glaubwürdigkeit und Seriosität der Bundesregierung stehen in Frage

Die Vergabe von Bürgschaften für ökologisch und sozial fragwürdige Projekte wirkt in den Empfängerländern nachteilig und ist auch in Deutschland gesellschaftlich nicht akzeptiert. Unternehmen werden besonders dann ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern und steigern, wenn sie Dienstleistungen, Produkte und Verfahren liefern, die zur nachhaltigen Entwicklung eines Landes beitragen. Dieses ist im Falle der Beteiligung am Ilisu-Staudammprojekt nicht der Fall. Zudem würde die Bundesregierung angesichts der Probleme des Projekts, die sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch bei Regierungen international hinlänglich bekannt sind, mit einer Hermesbürgschaft für das Projekt den Reformprozess für Exportkreditagenturen in der OECD torpedieren und ihren Ruf als seriöser Partner in Verhandlungen über Umwelt- und Sozialstandards ruinieren.

Angesichts der aufgeführten massiven Probleme bei der geplanten Durchführung des Projekts und der offensichtlichen Nichteinhaltung international üblicher Standards muss die Bundesregierung einen Antrag auf Bürgschaftsvergabe ablehnen. Die negativen Folgen des Projekts wären so gravierend, dass auch eine Bürgschaftsvergabe unter gezielten Auflagen ausgeschlossen werden muss.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333